



Niedersächsischer Städte- und Gemeindebund

Arnswaldtstr. 28, 30159 Hannover
Tel. 0511-30285-0, Fax 0511-30285-830
Internet: <http://www.nsgb.de>
E-Mail: nsgb@nsgb.de

Ratsbrief

NSGB-Intern Nr. **02/2010**

26.04.2010

Nachrichten für Bürgermeister/innen und Fraktionsvorsitzende aus dem Bereich des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes (NSGB)

Der Spruch am Anfang: Schatten ist, wenn die Sonne scheint und etwas im Wege steht.

Kinderlärm

Die Bundesregierung plant eine Änderung des Lärmschutzgesetzes zugunsten von Kindern. Das hat sie am 24.03.2010 in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage erklärt (17/1194). Derzeit wird geprüft, welche Regelungen des Lärmschutzrechts dafür geändert werden müssten. Gleichzeitig plant die Regierung in dieser Legislaturperiode zu diesem Zweck eine Novelle des Bauplanungsrechts. Damit soll etwa der Bau von Kindertagesstätten in reinen Wohngebieten ermöglicht werden. Das Gesetzgebungsverfahren dafür soll im Jahr 2011 beginnen. (17/II/1 - Rb 02/10 - 019)

Kindertagesstätten

Bis zu 40.000 zusätzliche Vollzeitstellen für Erzieher in Kindertagesstätten sind nötig, um den geplanten Ausbau der Kinderbetreuung bis 2013 zu realisieren. **Hinzu kommt ein Bedarf von 25.000 Tagespflegepersonen** (Bundestagsdrucksache 17/714). Unabhängig von der Finanzlage der Kommunen steht die Bundesregierung zu der 2007 zwischen Bund, Ländern und Kommunen getroffenen Vereinbarung, bis 2013 750.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige zu schaffen. Das erklärt die Bundesregierung am 15. 02. 2010 unter Verweis auf Presseberichte über die desolate Finanzlage der Kommunen. Es sei Aufgabe der Länder, dafür zu sorgen, dass die vom Bund für den Ausbau bereitgestellten 4 Milliarden Euro auch tatsächlich den Kommunen und Trägern zur Verfügung gestellt werden. Es sei Aufgabe der Länder, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die vereinbarten Ziele erreicht werden. (17/VI/1 - Rb 02/10 - 020)

Wir kümmern uns

Mit "Feuerwehr" und "Sport" stehen neue Motivvorlagen für die Kampagne „Wir kümmern uns“ zur Verfügung. Damit sind nach den Themen „Familie“ und „Schule“ zwei weitere kommunale Leistungsbereiche in die Kampagne eingeführt worden. Mit dieser Aktion wird den Einwohnern bewusst gemacht, wie stark sein alltägliches Umfeld durch Leistungen von Rat, Verwaltung und engagierten Bürgern gestaltet wird. Ziel ist es, zu zeigen, was vor Ort geboten wird und dazu anzuregen, sich zu engagieren. Für Plakataktionen sind mit der Druckerei Sonderkonditionen vereinbart worden. Einzelheiten unter [www.nsgb.de/Bereich „Aktionen“](http://www.nsgb.de/Bereich_„Aktionen“). (17/V/1 - Rb 02/10 - 021)

Gemeindeordnung

Das Land hält an Plänen zur Abschaffung der NGO fest. Entsprechend hat das MI einen Gesetzentwurf zur Zusammenfassung von NGO, NLO, Göttingen- und Regionsgesetz zu einem einheitlichen Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in die Anhörung gegeben. Trotz der ablehnenden Haltung und der vorgebrachten erheblichen Bedenken des NSGB anlässlich einer Bürgermeister-Konferenz mit Ministerpräsident Wulff, an der rund 300 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister teilnahmen, soll das Vorhaben gleichwohl zügig umgesetzt werden.

(17/IV/1 - Rb 02/10 - 022)

StVO-Novelle

Städte und Gemeinden haben keine Regressansprüche wegen der von Bundesminister Ramsauer angenommenen Nichtigkeit der StVO-Novelle. Zu diesem Ergebnis kommt der DStGB nach Prüfung der Rechtslage. Es bestehe kein Amtshaftungsanspruch der Kommunen gegen den Bundesgesetzgeber im Hinblick auf eventuelle unnütze Aufwendungen für den Austausch älterer Verkehrszeichen.

(17/II/2 - Rb 02/10 - 023)

Ländlicher Raum

Der Bevölkerungsrückgang im ländlichen Raum bedeutet nicht zwingend den wirtschaftlichen Niedergang. Das zeigt eine eu-weite Untersuchung. Danach erhöhte sich das BIP pro Kopf zwischen 2000 und 2006 in der EU15 am meisten in ländlichen Regionen, während es in den mittel- und osteuropäischen Ländern (MOEL) in städtischen Regionen den größten Zuwachs verzeichnete. In den MOEL gehen wirtschaftliche Aufholphase und Bevölkerungsrückgang Hand in Hand, wohingegen in der EU15 wirtschaftliche Niedergänge unabhängig von Bevölkerungsveränderungen stattfinden.

(17/II/3 - Rb 02/10 - 024)

Klimaschutzkonzepte

Bei kommunalen Klimaschutzkonzepten liegt Niedersachsen vorn. Fast 8 von insgesamt 49 Millionen Bundesmitteln sind für diese Aufgabe nach Niedersachsen geflossen. Das ist auch auf das bei der U.A.N. angesiedelte Projekt „Klimawandel und Kommunen“ zurückzuführen. Kommunale Klimaschutzkonzepte werden im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative auch weiterhin gefördert. Die Förderung beträgt 70 % der anfallenden Kosten. Weitere Infos unter www.kuk-nds.de.

(17/III/1 - Rb 02/10 - 025)

Photovoltaikanlagen

Kommunale Liegenschaften sind für die Installation von Photovoltaikanlagen geeignet. Private Betreiber sind an der Nutzung dieser Dachflächen oft interessiert. Dafür hat der NSGB ein Vertragsmuster „Gestaltungsvertrag zur Installation und Nutzung von Photovoltaikanlagen auf Liegenschaften der Stadt/Gemeinde“ veröffentlicht. Das Muster in Verbindung mit den Erläuterungen ist als Arbeitshilfe für die interne Meinungsbildung der Kommune und für die Verhandlungen mit Vertragspartnern entwickelt worden. Das Vertragsmuster unter www.kuk-nds.de/content,427.html.

(17/III/2 - Rb 02/10 - 026)

Grüne Inseln im Siedlungsbereich

Können dicht bebaute Gebiete mit hohem Versiegelungsgrad ökologisches Potenzial haben? Unter dem Motto „Grüne Inseln im Siedlungsbereich“ sucht der Niedersächsische Umweltpreis 2010 nach ökologischen Inseln in Innenstädten oder dicht besiedelten Wohngebieten. Es soll sich um Maßnahmen handeln, die von

einem ehrenamtlichen Charakter geprägt sind und sich durch eine besondere Kreativität auszeichnen. Zur Teilnahme aufgefordert sind alle Personen, Einrichtungen, Kommunen und Organisationen aus Niedersachsen, die Maßnahmen zur Verbesserung der ökologischen Bedingungen im Siedlungsbereich vorgenommen haben. Der von der Niedersächsischen Bingostiftung ausgelobte Wettbewerb ist mit Preisen von 10.000,- €, 5.000,- € und 3.000,- € dotiert. Die Ausschreibungsunterlagen unter www.bingostiftung.de. Einsendeschluss ist der 16.08.2010.
(17/III/3 - Rb 02/10 - 027)

Einzelbetriebliche Förderung

Das Wirtschaftsministerium hat die Einzelbetriebliche Förderung eingestellt. Diese mit sofortiger Wirkung beschlossene Maßnahme trifft viele Betriebe sehr hart und tangiert im strukturschwachen Raum Arbeits- und Ausbildungsplätze. Der NSGB sieht diese Maßnahme äußerst kritisch, da in Nachbarbundesländern diese Fördergelder weiter gezahlt werden. Der Verband fordert daher als Ausgleich Förderstrukturen, die es kleinen und mittleren Städten, Gemeinden und Samtgemeinden ermöglichen, für ihre Betriebe ein wettbewerbsfähiges Umfeld zu schaffen.
(17/V/2 - Rb 02/10 - 028)

Eigenkapital

Die Sparkassen stellen neues Eigenkapital für Unternehmen zur Verfügung. Gemeinsam mit den Landesbanken werden dafür über ihre Beteiligungsgesellschaften 550 Millionen Euro bereitgestellt. Einzelheiten unter www.sparkasse.de/eigenkapital-mittelstand.
(17/V/3 - Rb 02/10 - 029)

Wirtschaftsförderung

Germany Trade & Invest ist die Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Bundesrepublik. Die Gesellschaft (Friedrichstraße 60, 10117 Berlin) unterstützt mit Außenwirtschaftsinformationen deutsche Unternehmen, die ausländische Märkte erschließen wollen. Es besteht eine strategische Zusammenarbeit mit dem weltweiten Netzwerk der deutschen Auslandshandelskammern, so dass Investoren weltweit eine Anlaufstelle mit Marktkenntnis haben. <http://www.gtai.com/startseite>.
(17/V/4 - Rb 02/10 - 030)

Lohnnebenkosten

Bei den Lohnnebenkosten liegt Deutschland im EU-Vergleich im Mittelfeld. Das Statistische Bundesamt hat für 2009 einen europäischen Durchschnitt von 36 € Lohnnebenkosten auf 100 € Bruttolohn ermittelt. Mit 32 € Lohnnebenkosten nahm Deutschland einen Mittelplatz ein (Frankreich 50 €, Österreich 40 €, England 27 €). Hauptbestandteil der Lohnnebenkosten sind die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, also vor allem die gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen sowie die Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung.
(17/VI/2 - Rb 02/10 - 031)

Hotel-Übernachtungen

2009 ging in Deutschland die Zahl der Übernachtungen in Hotels um 1,4 % zurück. Das waren bezogen auf die Zahlen von 2008 die geringsten Rückgänge in der EU (England - 1,7 %; Österreich - 2,9 %). Die höchsten Übernachtungszahlen hatten 2009 Spanien (251 Mio. Nächte, - 6,5 %), Italien (238 Mio., - 4,3 %), Deutschland (216 Mio., - 1,4 %), Frankreich (191 Mio., - 5,6 %) und England (170 Mio., - 1,7 %). Für Österreich wurden 80 Mio. Übernachtungen und ein Rückgang von - 2,9 % ermittelt. (17/II/4 - Rb 02/10 - 032)

Sonntagsschutz

Der Sonntag soll europaweit als verbindlicher Ruhetag geschützt werden. Das ist das Ziel einer parteiübergreifenden Initiative von Europaabgeordneten, die den Trend zu immer mehr Sonntagsarbeit stoppen wollen. Der Erfolg dieser Initiative ist ungewiss. Denn der Europäische Gerichtshof hatte 1996 den Sonntagsschutz aus der ersten Arbeitszeit-Verordnung der EU mit der Begründung gestrichen, es lägen im Zusammenhang mit Sicherheit und Gesundheit keine ausreichenden Gründe vor. (17/IV/5 - Rb 02/10 - 033)

Vergaberecht

Der Verkauf kommunaler Grundstücke an Investoren ist nicht ausschreibungspflichtig, wenn dieser Verkauf im Rahmen städtebaurechtlicher Vorgaben der Gemeinde (Bauleitplanung/städtebauliche Verträge) erfolgt. Mit dieser Feststellung hat der Europäische Gerichtshof (Urteil 25.03.2010 C 451/08) die lebensfremde Auslegung des EU-Vergaberechts durch deutsche Oberlandesgerichte verworfen. (17/IV/6 - Rb 02/10 - 034)

Abfallverwertung

In der Abfallverwertung sind die Österreicher und Deutschen Europameister. Nach der neusten europäischen Abfallstatistik (2008) wurden in Österreich 69 % und in Deutschland 65 % verwertet, davon in Österreich 29 % recycelt, 40 % kompostiert und in Deutschland 48 % recycelt, 17 % kompostiert. Der EU-Durchschnitt lag für diesen Bereich bei 23 % und 17 %. (17/III/4 - Rb 02/10 - 035)

Abwassergebühren

Bei den Abwassergebühren liegt Nds. unter dem Bundesdurchschnitt. 2007 zahlen die Haushalte für 80 Kubikmeter 204 € (2,20 € pro Kubikmeter; Grundgebühr jährlich 66,38 €). Dies sind 26 € (= 11 %) weniger als der Bundesdurchschnitt. Günstiger war die Abwasserentsorgung lediglich in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland/Pfalz. (17/III/5 - Rb 02/10 - 036)

Öffentlichen Dienst

Die Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst ist deutlich gesunken. Bei den Ländern und Kommunen sank die Zahl der Beschäftigten in den Jahren 2000 bis 2008 von mehr als 3,8 Millionen auf rund 3,2 Millionen; beim Bund (ohne Soldaten) von 315.460 auf 278.602 (Bundestagsdrucksache 17/748 vom 18. 02. 2010). (17/IV/7 - Rb 02/10 - 037)

Notruf 112

Der europaweite Notruf 112 ist noch weitgehend unbekannt; Deutschland gehört zu den Schlusslichtern. Drei Viertel der EU-Bürger wissen immer noch nicht, dass sie in ihrem Heimatland oder auf Reisen in der EU im Notfall die 112 wählen können, um die Polizei, Feuerwehr oder einen medizinischen Dienst zu erreichen. Das ergab die neuste Eurobarometer-Umfrage. (17/VI/3 - Rb 02/10 - 038)

Der Spruch am Ende: Der Frust der Verlierer trifft die Erfolgreichen.